

BUCHBESPRECHUNGEN

Brian D. Lepard

Rethinking Humanitarian Intervention

A fresh legal approach based on fundamental ethical principles in international law and world religions

Pennsylvania State University Press, University Park, Pennsylvania, 2002, 496 S., \$ 55,00

Brian Lepard, der am University of Nebraska College of Law lehrt, hat mit der vorgelegten Arbeit das Versprechen des Untertitels gehalten. In der Tat legt er einen neuen Ansatz der rechtswissenschaftlichen Interpretation zu Fragen der humanitären Intervention vor, und er gelangt dabei im Ergebnis zu auch ethisch wohl begründeten Aussagen sowohl über das geltende Völkerrecht in dieser Sache als auch zu rechtspolitischen Forderungen, in welche Richtung – de lege ferenda – es zu entwickeln wäre.

Der gewählte methodische Weg ist der der Identifikation grundlegender ethischer Prinzipien in zentralen Schriften von insgesamt sieben Weltreligionen (Judentum, Christentum, Islam, Buddhismus, Hinduismus, Konfuzianismus und die Bahai Religion, in der der Autor selbst erzogen wurde). Der Autor ist sich bewusst, dass es sich dabei um eine gleichsam selektive Lesart dieser Schriften handelt, aus denen andere Gläubige oft wesentlich weniger friedlich-tolerante Handlungsanweisungen ableiten. Gleichwohl liegt ihm daran zu zeigen, dass die großen Weltreligionen doch so verstanden werden können, dass sie durchaus gemeinsam die ausgemachten fundamental ethical principles stützen.

Sodann jedoch baut Lepard rechtswissenschaftliche Aussagen natürlich nicht unmittelbar auf diese ethischen Grundsätze. Vielmehr argumentiert er rechtswissenschaftlich-immanent: Er zeigt, dass viele der ethischen Grundsätze bereits Teil des geltenden Völkergewohnheits- und -vertragsrechts sind. Dies ist ihr juristischer Geltungsgrund, jedoch kann die Tatsache, dass sie eine ethische Fundierung haben, bei Schwierigkeiten der Rechtsauslegung behilflich sein. Dies zumindest ist die zentrale These der Arbeit: „Traditional methodologies for identifying and interpreting relevant international legal norms are inadequate to reconcile conflicting legal norms because they provide no basis for judging between competing ethical principles evident in these norms. Moreover, these traditional methodologies fail to provide guidance to the [Security] Council on how it should, ethically, exercise any legal discretion it may enjoy.“ (S. 29, Erg. von mir) Damit sind die zwei Hauptzielgruppen der Arbeit benannt: rechtswissenschaftliche Fachkollegen, denen ein neuer Interpretations-Ansatz für Rechtsnormen vorgestellt und nahegelegt werden soll, und politische Entscheidungsträger (und darüber hinaus politische Akteure allgemein), deren Handeln ethisch fundiert werden soll.

Natürlich räumt Leopard ein, dass umfassende Kenntnis der einschlägigen Religionen wohl mehr als ein Gelehrtenleben erforderte. Er hat sich jedoch durch im Vorwort genannte religionswissenschaftliche Fachkollegen und auf interdisziplinären Konferenzen über die herangezogenen Religionen soweit kundig gemacht, wie man dies sinnvollerweise erwarten kann und darf, und in der Tat hat er einige verblüffende Zitate in den zentralen Schriften gefunden, etwa folgende Sure (4.77) des Koran: „How is it with you, that you do not fight the way of God, and for the men, women, and children who, being abased, say, 'Our Lord, bring us forth from this city whose people are evildoers, and appoint us a protector from Thee, and appoint to us from Thee a helper'?“ (S. 220) Aktuelle Bezüge, auch zur Lage nach dem 11. September 2001, ließen sich leicht finden. Freilich ist das Buch vor diesen Ereignissen geschrieben und bezieht sich auf die Problematik der humanitären Intervention, nicht den aktuellen Irak-Konflikt. Das Zitat bringt aber eine der normativen Kern-Ergebnisse des Buches zum Ausdruck: Dass es ethisch geboten sei und daher das Völkerrecht auch so auszulegen sei, dass es eine Möglichkeit der humanitären Intervention gegen massive Menschenrechtsverletzungen gibt. Freilich nicht in beliebiger Weise und durch jeden, der sich dazu berufen fühlt. Dies ergibt sich durch die Anwendung der in Kapitel 2 identifizierten, in Übersichten zusammengestellten ethischen Grundprinzipien auf die rechtswissenschaftliche Interpretation einer Reihe zentraler problematischer Aspekte humanitärer Intervention, die im Hauptteil des Buches in insgesamt acht Kapiteln einheitlichen Aufbaus erfolgt. Die Wiedergabe aller ethischen Grundsätze ist hier nicht möglich, doch sei der (dem Autor) wichtigste, aus dem sich viele seiner Erwägungen ergeben, zitiert: „the essential unity of all human beings as members of a single human family that is nevertheless diverse in individual thoughts and beliefs, cultures, nationalities, religions, races, and languages, and whose diversity ought to be valued as a precious asset of humanity“ – der Grundsatz der Einheit in Vielfalt (Unity in Diversity). Die Entfaltung dieses und der anderen ethischen Grundsätze und ihre In-Bezug-Setzung zu methodischen Fragen des Völkerrechts in Kap. 2 bzw. 3 ist recht überzeugend und könnte auch in Seminaren zu aktuellen Fragen in der Trizone zwischen internationaler Politik, internationalem Recht und Ethik sinnvoll didaktisch eingesetzt werden.

Dass die jüngste Staatenpraxis der 1990er Jahre in Sachen humanitäre Intervention eine ganze Reihe rechtlicher Fragen ungeklärt gelassen hat, zeigt der Autor im ersten Kapitel mit einem kurzen Rückblick auf zentrale Fälle (Bosnien, Somalia, Ruanda, Haiti, Kosovo), der freilich nur als Einstieg, nicht als vertiefte Analyse um ihrer selbst willen gedacht ist. Die vertiefte Analyse des Hauptteils bezieht sich, wie gesagt, auf acht „problematic issues relating to U.N.-authorized Humanitarian Interventions“ bzw. solche, für die das nicht gilt. Erörtert werden, nach dem einheitlichen Schema: Vorgeschichte der Debatte um das jeweilige Problem, aktuelle Debatte und Anwendung des Lepardschen Ansatzes darauf, um zu einer ethisch fundierten Lösung von Normkonflikten zu gelangen, folgende Probleme: Inwiefern stellen Menschenrechtsverletzungen eine „Bedrohung“ oder einen „Bruch“ des Friedens dar? Bedarf es der Zustimmung des Staates, in dessen Bereich interveniert wird (oder der Zustimmung zumindest von Vertretern der auf seinem Territorium streitenden

Parteien)? Wie ist die Unparteilichkeit der UNO sinnvollerweise zu verstehen – und auszugestalten? Wie steht es mit der Anwendung von Gewalt bei der humanitären Intervention? Wie mit der politischen und militärischen Kommando-Gewalt multinationaler Truppen und mit deren Zusammensetzung? Und wie mit den Entscheidungsverfahren im Sicherheitsrat bei Entscheidungen über humanitäre Interventionen? Wesentliche Aspekte werden jeweils kritisch erwogen und im Lichte der ethischen Grundprinzipien des geltenden Völkerrechts interpretiert bzw. aufgezeigt, in welche Richtung es zu entwickeln wäre. Abschließend wird die Frage der nicht durch den Sicherheitsrat autorisierten humanitären Intervention behandelt. Sie wird im Ergebnis ethisch und auch juristisch nach geltendem Recht abgelehnt. Auch die Kosovo-Intervention der NATO war illegal, wenngleich, so Lepard, moralisch gerechtfertigt, jedoch nicht in allen ihrer Mittel: Bodentruppen wären anstelle des Luftkrieges geboten gewesen - doch politisch bekanntlich nicht durchsetzbar. Dies zeigt die Grenzen von Lepards Argumentation: Oft kann er sinnvoll Entscheidungen zwischen konfligierenden Rechtsgrundsätzen ethisch begründen. Nicht immer überraschen diese Entscheidungen, und es führen wohl auch andere interpretative Wege dahin als der von Lepard gewählte (was ja nicht schlimm ist). Eine möglicherweise die heutige Lage kennzeichnende Kluft zwischen dem moralisch Gebotenen und dem völkerrechtlich Erlaubten oder zwischen letzterem und dem faktischen Handeln zentraler Akteure ist damit jedoch noch nicht geschlossen. Dennoch wird der Vorzug der bewussten Bezugnahme auf ethische Prinzipien in der Rechtsauslegung, wo sie geboten erscheint, deutlich. Lepard versucht darüber hinaus aufzuzeigen, dass diese ethischen Grundsätze in allen Weltreligionen wohl fundiert sind. Das heißt natürlich noch nicht, dass politische Akteure diesen Überlegungen gemäß handeln werden. Beides, Chancen und Probleme der Akzeptanz seiner Position durch Fachkollegen und politische Akteure, diskutiert Lepard im Schlusskapitel und ist dabei verhalten optimistisch. Es wäre ihm – und uns – zu wünschen, dass er damit recht behielte. Sich selbst und Studierende mit diesem interessanten Ansatz vertraut zu machen, könnte ein erster, fachlicher, Schritt dahin sein. Einschlägig arbeitenden Rechts-, Politik- und Religions-Wissenschaftlern sei dieser Schritt ebenso empfohlen wie an Fragen internationaler Ethik Interessierten.

Martin List, Hagen

Linda Helfrich-Bernal

Kolumbien: Wahlen und Parteien im Gewaltkonflikt

Vervuert Verlag, Frankfurt am Main, 2002, 555 S., € 45,00

Studien zur politischen Willensbildung und zum Wahlmodus in den lateinamerikanischen Staaten dürfen derzeit mit einer erhöhten Aufmerksamkeit rechnen. Dies gilt fachübergrei-

fend ebenso für historische wie für rechtsvergleichende und politologische Untersuchungen. Begünstigt wird dieser Umstand durch die jüngere politische Entwicklung in Übersee: Die meisten Staaten haben nach dem Rückzug der verbliebenen Militärs aus den Regierungen einen letztlich doch erfolgreichen Systemwechsel vollzogen. Zugleich hat sich auch wissenschaftlich die Aufmerksamkeit, die lange Zeit vor allem autoritären Traditionen und dominanten Führungspersonen galt, auf die Herausbildung demokratischer Institutionen verlagert. Hinzu mögen weltwirtschaftliche Veränderungen kommen, die Lateinamerika seit Ende der achtziger Jahre nicht nur einem verstärkten Konkurrenzdruck aussetzen, sondern auch das Bewusstsein für die in der westlichen Welt gemeinsam zu beantwortenden rechtlichen wie politischen Fragestellungen geschärft haben. Vor diesem Hintergrund ist es gerechtfertigt, Wahlforschung und politische Repräsentation in Lateinamerika gemeinsam als ein (relativ) neues Forschungsfeld zu behandeln (*Peer Schmidt*, Wahlen und Parlamente in Lateinamerika im 19. Jahrhundert, in: *Periplus*. Jahrbuch für außereuropäische Geschichte 9 [1999], S. 39 f.).

Die vorliegende Monographie, die im Jahr 1999 an der Universität Mainz als politikwissenschaftliche Dissertation angenommen wurde, leistet einen lesenswerten Beitrag zu diesem neuen Forschungsbereich. Kolumbien kann nach lateinamerikanischen Maßstäben auf eine der längsten und – jedenfalls formal – auf eine nahezu ununterbrochene demokratische Tradition verweisen. Dieser Umstand erleichtert es der Verfasserin, in ihrem historischen Überblick („Von der Kolonialzeit bis zur Krise des Regimes der Nationalen Front“, S. 87–120) die Voraussetzungen des heutigen Parteien- und Repräsentationsverständnisses bis zur Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit zurückzuverfolgen. Die hier beobachteten Phänomene zeigen sich auch in den anderen Ländern des Halbkontinents. Dies gilt besonders für den gesellschaftlich tief verwurzelten Klientelismus und die Rolle lokaler Notabeln, die sich den in Honoratiorenparteien organisierten politischen Gruppen anschließen und auf lokaler Ebene die Wählerrekrutierung übernehmen. Diese lokalen Honoratioren finden sich unter verschiedenen Bezeichnungen (*caciques*, *gamonales*, *coroneis*) in den meisten lateinamerikanischen Ländern. Am kolumbianischen Beispiel verdeutlicht die Verfasserin anschaulich das Zusammenwirken dieser lokalen Ebene mit nationalen Parteiführern, die als „natürliche Führer“ (*jefes naturales*) ihre Parteibasis zu organisieren und zu mobilisieren versuchen (S. 89 ff.).

Was die Fragestellung anbelangt („Analyserahmen“, S. 31–85), löst sich die Untersuchung von einer staatstheoretischen Perspektive und konzentriert sich auf zwei rechtliche Teilregime, nämlich Wahlmodus und Parteiensystem, verbunden mit der Frage, ob und wie diese Regime demokratischen Anforderungen genügen. Die Verfasserin greift hierin einen neueren politikwissenschaftlichen Ansatz auf, der unterhalb der staatlichen Ebene einzelne gesellschaftliche Teilbereiche auf ihre Reformfähigkeit und -fortschritte untersuchen hilft. Das Regimekonzept hat den Vorteil, dass – freilich „mit einer Minimaldefinition der Demokratie“, wie die Verfasserin einräumt – Rückschlüsse auf einen Transformationsprozess gezogen werden können, die eine gesamtstaatliche Betrachtung womöglich nicht zuließe. Dementsprechend soll es möglich sein, umfassende Demokratisierungsprozesse auf

der Ebene eines Regimes festzustellen, ohne dass hiermit eine vollständige Demokratisierung auf staatlicher Ebene einhergehen müsse (S. 52). Dieser Ansatz ist aus staatstheoretischer Perspektive nicht ganz unproblematisch, da er den Zusammenhang zwischen staatlicher Souveränität und politischer Repräsentation vernachlässigt. Auch ist sicher anfechtbar, dass die ein „Regime“ konstituierenden Normen und Prinzipien wechseln können, ohne dass sich deshalb auch die staatlichen Strukturen ändern (S. 53). Andererseits zeugt dieser Ansatz von Pragmatismus und entlastet gerade detaillierte Feldstudien wie die vorliegende von allzu ausführlichen theoretischen Erwägungen. Die Verfasserin ist sich dieser Ambivalenz durchaus bewusst, verfolgt dann aber konsequent und gut nachvollziehbar den einmal gewählten Ansatz. Sie legt zunächst die rechtlichen und politischen Ausgangsbedingungen in Kolumbien dar, ohne die jene einzelnen Teilregime nicht beurteilt werden können („Der desmonte der Nationalen Front und die Institutionalisierung reformierter Teilregime“, S. 121–169). In diesem Zusammenhang besonders hervorzuheben ist ein Paradigmenwechsel in der neuen Verfassung von 1991: Sie eröffnet ausdrücklich im Unterschied zur Verfassung von 1886 die Gründung neuer Parteien und Bewegungen, denen die Teilnahme an Wahlen „ohne jede Beschränkung“ offen stehe (Art. 40 Abs. 1 Nr. 3; ferner Art. 107 Abs. 1 CP). Die doppelte Erwähnung einerseits als „Grundrecht“ im 2. Titel der Verfassung („Über die Rechte, Garantien und Pflichten“) und andererseits im 4. Titel („Über die demokratische Teilhabe“) soll diesen Paradigmenwechsel unterstreichen und ihn doppelt „verfassungsfest“ machen. Allerdings zeigt sich darin auch ein gewisser Zweifel der Verfassungsväter, dass ihre Vorgaben tatsächlich eine entsprechende Umsetzung finden.

In ihrem Hauptteil wendet sich die Untersuchung detailliert den Bestimmungsfaktoren des nationalen, regionalen sowie kommunalen Parteien- und Wahlsystems zu („Wahlen, Wahl- und Parteiensystem“, S. 171–423). Mit Blick auf die Kriterien für „demokratische Wahlen“ kommt die Verfasserin zu dem Ergebnis, dass das Wahlsystem seit Beginn des Transformationsprozesses und dem Ende der „Nationalen Front“ (1974) in mancher Hinsicht kompetitiver und das Parteiensystem pluralistischer geworden sei, wenn auch noch nicht in jeder Hinsicht von Chancengleichheit und rechtsstaatlichen Rahmenbedingungen die Rede sein könne (S. 450 f.). Zu den Hindernissen auf diesem Wege zählen die gewaltsamen Auseinandersetzungen in fast allen Landesteilen, die – soweit sie politisch zuzuordnen sind – im Zusammenhang mit dem „linken“ bzw. „rechten politischen Spektrum“ behandelt werden. Zutreffend weist die Verfasserin darauf hin, dass die Ursache dieser politischen Gewalt keineswegs nur darin liegt, dass inzwischen legale, vormals extremistische Gruppierungen nur unzureichend integriert seien (S. 356, 458 f.). Die Ursachen der Gewalt sind so vielschichtig, und ihre Anwendung hat sich – bis hin zu einem eigenen Epochenbegriff („La Violencia“) – als ein beinahe schon traditionell zu nennendes, jedenfalls heute so allgegenwärtiges und gebräuchliches Mittel der Auseinandersetzung eingebürgert, dass die herkömmlichen institutionellen, rechtlichen oder soziologischen Konfliktlösungsmodelle zu kurz greifen dürften.

Wer sich eingehend mit der Thematik „Wahlen und Parteien in Kolumbien“ beschäftigen möchte, vielleicht auch weiterführende, vergleichende Studien zu anderen Ländern anstellt, wird gerne auf diese gründliche und ausführliche Untersuchung zurückgreifen. Dies gilt nicht zuletzt für die Behandlung ethnischer Minderheiten (indianische, afroamerikanische Einwohner) und die zahlreichen Übersichten zum Wahlverhalten und zur politischen Orientierung der Bürger sowie zur Parteienstruktur auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene, die die Untersuchung abrunden.

Andreas Timmermann, Berlin

Gilberto Calcagnotto / Detlef Nolte (Hrsg.)

Südamerika zwischen US-amerikanischer Hegemonie und brasilianischem Führungsanspruch

Konkurrenz und Kongruenz der Integrationsprozesse in den Amerikas

Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Band 56

Vervuert, Frankfurt am Main, 2002, 281 S., € 28,00

„Das Treffen der zwölf südamerikanischen Präsidenten im August 2000 in Brasilia kann als Ergebnis einer neuen Ära der Interdependenz und Integration angesehen werden, in der sich Brasiliens führende Rolle in Südamerika konsolidiert.“ Diese Feststellung eines der Autoren (*Lohbauer*, S. 143) kennzeichnet den einen Pol dieses Tagungsbandes, der insgesamt 16 verschiedene Referate vereint. Die meisten davon weisen ebenfalls diesem Treffen eine bedeutsame Rolle zu, wenngleich sie es z.T. anders gewichten (und datieren). Der andere Pol kann mit einem Zitat gekennzeichnet werden, das die Ambivalenz der Vereinigten Staaten gegenüber Lateinamerika und der von ihnen selbst propagierten gesamtamerikanischen Freihandelszone deutlich macht: „The principal obstacle to a hemispheric free-trade area comes from Capitol Hill“ (*Perry*, zitiert bei *Schirm*, S. 255). Eine herkömmliche Rezension würden diesem facettenreichen Buch nicht gerecht, da nicht auf jedes Referat in gleicher Weise eingegangen werden kann. Stattdessen sei hier ein Leitfaden für die Lektüre gegeben; es empfiehlt sich, das Buch nicht von vorne nach hinten durchzulesen, sondern sich an den thematischen Bezügen zu orientieren.

Die Achse des Bandes bilden zwei umfangreiche Aufsätze von *Hofmeister* (S. 102-242) und *Lohbauer* (S. 143-169) über die Beziehungen zwischen Brasilien und seinen „Nachbarländern“ (nicht im Wortsinn). Diese Beiträge, die sich gegenseitig ergänzen, bieten dem Leser nach einem Rückblick auf die brasilianische Entwicklung und Politik seit der Kolonialzeit eine umfassende Darstellung der bilateralen und multilateralen Beziehungen zu den übrigen südamerikanischen Staaten. Dieser sehr detaillierte Überblick lässt deutlich werden, wie Brasilien sich erst seit den beiden letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts in

seiner politischen Orientierung auf das südamerikanische Umfeld konzentriert, um seine genuinen Interessen zu verfolgen. Die Bemühungen um eine solche Annäherung, die sich in der Südintegration des MERCOSUR, den Verhandlungen mit der CAN und der Perspektive einer Südamerikanischen Union dokumentieren, reiben sich nun in neuerer Zeit an dem nordamerikanischen Projekt der kontinentalen Freihandelszone (FTAA – ALCA). Diese Konfliktsituation und ihre Entwicklung im letzten Jahrzehnt wird in den Beiträgen von *Nolte* (S. 11-37) und *Grabendorff* (S. 73-90) thematisiert, wobei der erstere stärker deskriptiv, der zweite eher konzeptionell ausgerichtet ist. Sie werden abgerundet durch den Aufsatz von *Sangmeister* (S. 38-60), der den theoretischen Befund mit den entsprechenden wirtschaftlichen Daten untermauert. Alle drei stimmen darin überein, dass erst die kommenden Verhandlungen darüber Aufschluss bringen können, welche Realisierungschancen für eine engere Integration der südamerikanischen Staaten im Rahmen oder neben der FTAA bestehen.

Diese fünf Aufsätze stellen das zentrale Gerüst des Buches dar und umfassen zusammen nahezu die Hälfte seines Umfangs. Wer einzelne Aspekte vertiefen will, findet in den übrigen Beiträgen reichhaltige Anregungen. Das gilt insbesondere für den Aufsatz von *Schirm* über die treibenden Motive der US-Politik gegenüber Brasilien (S. 245-249), die differenzierte Darstellung von *Birle* über die Position Argentiniens zwischen MERCOSUR und ALCA (S. 170-184) und die Deutung der chilenischen Außenpolitik auf der Grundlage des entsprechenden Interessenkonflikts durch *Barrios* (S. 185-199). Aus unterschiedlicher Sicht erörtern *Werz* (S. 200-211) und *Boeckh* (S. 212-225) die Haltung Venezuelas zu den genannten Konfliktfeldern, wohingegen der Beitrag von *Maihold* als einziger die Rolle Mexikos als Brücke zwischen Nord- und Südamerika näher untersucht (S. 226-244). Theoretische Modelle der monetären Kooperation im MERCOSUR werden von *Nitsch* diskutiert (S. 61-72), während *Calcagnotto* die Hinwendung der brasilianischen Außenpolitik zur regionalen Integration unter Hinweis auf die fehlende gesellschaftliche Grundlage in Frage stellt (S. 91-101). Den Abschluss des Bandes bilden drei kurze Beiträge aus der Perspektive der EU (*Trein*, S. 260-269), eines deutschen Parlamentariers (*Mark*, S. 270-279) und der deutschen Privatwirtschaft (*Rösler*, S. 275-280).

Der Band dokumentiert die Ergebnisse einer Tagung, die im März 2001 am Institut für Iberoamerika-Kunde in Hamburg stattfand. Das „Autorverzeichnis“ (S. 281) entspricht wohl eher der Teilnehmerliste: Von den darin aufgeführten Namen sind zwei in dem vorliegenden Band nicht vertreten, während der Autor des letzten Beitrags hier nicht erwähnt wird. Im Übrigen teilt das Buch das Schicksal ähnlicher Tagungsbände; je konkreter die Beiträge im Sinne einer Momentaufnahme auf die aktuelle politische Situation zugeschnitten sind, umso eher werden ihre Aussagen durch die seitherige Entwicklung relativiert. Der Verlag hat das Buch offenbar zur einmaligen Lektüre bestimmt, denn danach fällt es aufgrund der losen Bindung auseinander.

Jürgen Samtleben, Hamburg

Petra Bendel / Aurel Croissant / Friedbert W. Rüb (Hrsg.)

Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen

Verlag Leske + Budrich, Opladen 2002, 359 S., 34,90 €.

Die Herausgeber legen hier das komprimierte Ergebnis zweier Tagungen vor, die der Arbeitskreis "Systemwechsel" der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaften ausgerichtet hat im Frühsommer 1999 in Loccum und im Dezember 1999 in Berlin. Bis zur Publikation vergingen drei Jahre, was der Aktualität des Themas keinen Abbruch tut. Es ist insgesamt der sechste Band, den der 1993 in Heidelberg von überwiegend jüngeren Politik- und Sozialwissenschaftlern gegründete Arbeitskreis nunmehr präsentiert. Ihm voran gingen fünf Bände, die sich verschiedenen Sektionen und Akteuren des Systemwechsels gewidmet und so das Thema im engeren Sinne schließlich erschöpft hatten. Der jetzige behandelt ein Zwischenstadium im Prozess des Systemwechsels, von den Herausgebern "Grauzone zwischen Autokratie und Demokratie" genannt. Ob das so suggerierte Bild eines Weges, an dessen Ende gleichsam den müden Wanderer die reine Demokratie erwartet, eingedenk der Komplexität solcher Prozesse weit genug trägt, mag zweifeln lassen. Dennoch muss sich dieses Bild zugegebenermaßen anhand der diesen Prozessen gemeinhin sachnotwendig oktroyierten Zeitpläne – man denke nur an denjenigen der Petersberger Afghanistan-Konferenz, den Zeit-Korridor des irakischen Regierungsrats oder andere "road maps" – fast unwiderstehlich aufdrängen.

Mit seinem einleitenden Beitrag "Demokratische Grauzonen – Konturen und Konzepte eines Forschungszweigs" gibt Mitherausgeber *Aurel Croissant*, Heidelberg, den Blick frei auf die methodischen, theoretischen, konzeptionellen und empirischen Dimensionen einer Beschäftigung mit "Grauzonenregimen", namentlich deren systemtheoretischer Durchdringung. Für den in normativen Kategorien denkenden Juristen ist das nicht immer leichte Kost, zumal hier eigentlich ohne jeden Seitenblick auf den Faktor Mensch "Herrschaftssysteme" gleichsam im Reagenzglas analysiert werden.

So mag denn auch der folgende erste Teil ("Methodische, konzeptionelle und theoretische Überlegungen") bisweilen selber zum Gegenstand staunenden Bewunders werden ob der begrifflichen Filigranität, mit der die Autoren *Michael Krennerich*, Erlangen/München ("Weder Fisch noch Fleisch? Klassifikationsprobleme zwischen Diktatur und Demokratie"), *Peter Thiery*, Heidelberg ("Demokratie und defekte Demokratien. Zur notwendigen Revision des Demokratiekonzepts in der Transformationsforschung"), Mitherausgeber *Friedbert W. Rüb*, Hamburg ("Hybride Regime: Politikwissenschaftliches Chamäleon oder neuer Regimetypus? Begriffliche und konzeptionelle Überlegungen zum neuen Pessimismus in der Transitologie"), *Hans-Joachim Lauth*, Mainz ("Die empirische Messung demokratischer Grauzonen") und *Jörg Faust*, Mainz ("Marktkonstruktion und politische Transformation. Politökonomische Ursachen defizitärer Demokratien") bei ihren selbstgewählten Typifizierungs-, Katalogisierungs- und Systematisierungsaufgaben zu Werke gehen.

Mitunter fragt man sich allerdings auch, ob sich Wissenschaft wirklich fortbewegt, wenn heute immer noch Sätze formuliert werden wie der folgende: "Verfassungen, die Änderungen der Verfassung durch Referenden ermöglichen, bieten nicht nur ein Einfallstor, durch das in einem plebiszitären Moment die Präsidenten ihre Machtbefugnisse erweitern und/oder Amtsperioden verlängern, sondern sie sind verfassungstheoretisch problematische Konstruktionen. Sie ermöglichen die Abschaffung der Demokratie durch demokratische Verfahren..." (Rüb, a.a.O., S. 100). Man kann es einem Schweizer nicht verargen, wenn er nur den Kopf schüttelt über dieses in Deutschland hergebrachte, nachgerade endemische Nichtzurkenntnisnehmen des fundamentalen Unterschieds zwischen einem Referendum und einem Plebiszit.

Wirklich spannend wird es bei den Regional- und Länderanalysen des zweiten Teils. Sie beginnen mit *Mark Arenhövel*, Giessen ("Transitology revisited: Vorsichtige Schlussfolgerungen aus den erfolgreichen Demokratisierungsprozessen in Südeuropa"), der die post-autoritären Transitionen in Spanien, Portugal und Griechenland aus dem modernen Blickwinkel der Vergangenheitsbewältigung analysiert. Dabei muss den Zeitzeugen verwundern, wie beim historischen Aufbereiten des spanischen und des griechischen Beispiels die seinerzeit spektakulären, jeweils ganz unterschiedlichen Rollen der Monarchie so gut wie komplett ausgeblendet bleiben.

Timm Beichelt von der Viadrina in Frankfurt/Oder ("Demokratie und Konsolidierung im postsozialistischen Europa") schließt an mit dem Blick in die jüngste Geschichte, wobei nach dem ebenfalls übergreifenden und namentlich für Juristen lesenswerten Beitrag von *Florian Grotz*, Berlin ("Institutionelles Lernen in den jungen Demokratien Ostmitteleuropas"), bezogen auf Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei, zwei konkrete Länderanalysen besonderes Interesse wecken: *Astrid Lorenz*, Berlin ("Der Fall Belarus – eine gescheiterte Demokratisierung?") und *Marianne Kneuer*, Eichstätt ("Der Einfluss externer Faktoren: Die politische Strategie der EU bei demokratischen Transformationen am Beispiel der Slowakei als defekter Demokratie") geben sehr detaillierte Darstellungen ansonsten eher im Schlagschatten größerer ostmitteleuropäischer Staaten stehender Länder.

Zwei Beiträge widmen sich den Transitionsprozessen in Lateinamerika. Den Blick auf Zentralamerika lenkt *Heidrun Zinecker*, Leipzig ("Regimewechsel ohne Pfadwechsel? – Die unvollendeten Transitionen in Kolumbien und El Salvador"), ehe *Wolfgang Munro/Peter Thiery*, Mainz/Heidelberg ("Defekte Demokratien in Südamerika") Argentinien, Chile, Peru, Venezuela und Brasilien behandeln. Ebenfalls zwei aufschlussreiche Beiträge führen nach Afrika mit *Christof Hartmann*, Bochum ("Defekte, nicht-konsolidierte oder gar keine Demokratie? Systemwechsel und –wandel in Westafrika"), erläutert an den Beispielen Benin, Ghana und Senegal, und *Gero Erdmann*, Hamburg ("Neopatrimoniale Herrschaft – oder: Warum es in Afrika so viele Hybridregime gibt"), der anhand der Freedom-House-Kriterien detailliert über die meisten Staaten südlich der Sahara referiert. Faszinierend schlussendlich der Blickwinkel des einzigen Asien gewidmeten Beitrags von *Mark P. Thomson*, Erlangen-Nürnberg ("Die Damen der Dynastien. Geschlechterspezifische Ursachen schwieriger Demokratisierungen in Asien"): Er richtet den Focus auf dieje-

nigen Staaten, in denen sich seinerzeit verwandtschaftliche oder eheliche Beziehungen zu den wichtigsten Märtyrern der Opposition als entscheidende Katalysatoren demokratischer "Revolutionen" erwiesen. Als Beispiele dienen hier insbesondere Bangladesh (Sheikh Hasina Wajed und Begum Khaeda Zia), Indonesien (Megawati Sukarnoputri), Pakistan (Benazir Bhutto) und die Philippinen (Corazon Cojuangco Aquino). Dankenswert der Seitenblick auf noch im Gang befindliche ähnliche Prozesse in Burma/Myanmar (Aung San Suu Kyi) und Malaysia (Wan Azizah Wan Ismail).

Das Buch bietet einen für Nicht-"Transitologen" – oder Nicht-"Transitionologen"? (Zinnecker, a.a.O., S. 261) – reichlich strapaziösen aber doch lehrreichen Streifzug, bisweilen weniger durch die behandelten politischen Systeme, als durch dasjenige, was die Zunft über sie geschrieben hat. Streckenweise l'art pour l'art in Reinkultur, aber auch das hat eben Charme.

Karl-Andreas Hernekamp, Hamburg

Forrest D. Colburn

Latin America at the End of Politics

Princeton University Press, Princeton/Oxford, 2002; 144 S.; gebunden US \$ 49,95; paperback US \$ 19,95

Sofern Lateinamerika heute überhaupt noch Schlagzeilen macht, so handeln sie meist von der Krise, welche praktisch den gesamten Kontinent erfasst hat. Nach Angaben der UN Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) sind die Auslandsinvestitionen 2002 um ein Drittel zurückgegangen. Von einer Gesamtbevölkerung von 519 Millionen Einwohnern leben 224 Mio. in Armut. Die regionale Wirtschaft wuchs laut Ziffern der Weltbank 2001 im Schnitt nur mit 0,4 % und schrumpfte letztes Jahr sogar um 1,3 %. Es scheint wenig übertrieben, wenn El País die 1990er als neuerliche "verlorene Dekade" für die Region bezeichnet. Renommierter *Think Tanks* (*Inter-American Dialogue*) und Magazine (*Foreign Policy*) rufen in letzter Zeit sogar schon zur "Rettung Lateinamerikas" auf.

Vor diesem Hintergrund legt Forrest Colburn, Politikwissenschaftler an der City University of New York, mit dem vorliegenden Band ein ungewöhnliches und ambitioniertes Werk voller interessanter Einsichten und Denkanstöße über lateinamerikanische Politik am Beginn des 21. Jahrhunderts vor. Das Buch besteht aus dreizehn thematischen Essays, die von einer Einleitung und einer Schlussbetrachtung eingerahmt werden. Die Kapitel haben keine logische Reihenfolge, sondern beleuchten verschiedene, lose miteinander zusammenhängende Aspekte der Realität in Lateinamerika. Sie behandeln Themen wie den geographischen Ort Lateinamerikas, Urbanisierung, fragile Demokratien, ideologisches Vakuum, Armut, Umwelt, Kriminalität, Einkaufszentren, Geschlechterbeziehungen, Rolle der USA,

Unternehmer, Kunst und Migration. Colburn mischt dabei Analyse mit Anekdoten, die eine menschliche Facette in seine Darstellung bringen sollen. Der Autor distanziert sich von detaillierten Studien über Einzelprobleme oder subnationale Einheiten in der erklärten Absicht, einen Überblick über das größere Ganze zu geben. Er will eine neue Interpretation "einer enormen Region zu einem spezifischen Zeitpunkt (vorlegen), einer beunruhigenden Periode, wo frühere Erklärungsansätze ihre Kraft verloren haben" (S. 6).

Die Hauptthese Colburns lautet in Anlehnung an Fukuyamas kontroversen Essay über das "Ende der Geschichte", dass Politik – verstanden als Konkurrenz zwischen alternativen Ideologien und Ordnungsvorstellungen – in Lateinamerika nach dem Zusammenbruch des Kommunismus am Ende ist. Es gäbe keine gangbaren (ideologischen) Alternativen zur liberalen Demokratie und kapitalistischen Marktwirtschaft mehr, was Colburn als wertneutrales Faktum einstuft. Welche Auswirkungen hat dieser Befund für Lateinamerika? Im Gegensatz zu Fukuyama sorgt sich der Autor nicht um den Niedergang der "heroischen" Tugenden, sondern um das Aussterben des sozialen Gewissens. Linke Alternativen hatten in der Vergangenheit zumindest als Ansporn für die Eliten fungiert, die ärgsten sozialen Ungerechtigkeiten zu korrigieren. Ihr Wegfall führe gerade in einer Region mit traditionell enormer Ungleichheit zu einer noch krasser Schere bei der Einkommensverteilung. Laut Colburn hat die triumphierende liberal-kapitalistische Demokratie "ihre enge Verbindung mit der Gleichheit verloren" und läuft Gefahr, ein Modell der *liberté* ohne *egalité* und ohne *fraternité* zu werden (S. 131).

Der Autor versucht, seine These durch eine Reihe bekannter lateinamerikanischer Phänomene zu illustrieren. Die Reichen schotten sich hinter hohen Mauern und in luxuriösen Einkaufszentren ab, wo sie ihren Konsumrausch ausleben. Die Armen dagegen werden täglich zahlreicher (und ärmer). Kriminalität und öffentliche Unsicherheit sind endemisch und steigen weiter an. Landflucht führt zu explosivem Wachstum von chaotischen Megastädten. Private Unternehmensgründungen sind hochriskante Projekte, die sich gegen desinteressierte Regierungen sowie globale Marktfluktuationen zu behaupten haben. Umweltzerstörung stößt auf allgemeine Gleichgültigkeit und wird bestenfalls selektiv bekämpft. Lateinamerika wird vom Einwanderungs- zum Auswanderungskontinent. Alte wie neue Demokratien der Region befinden sich unter Druck, ihre Legitimität ist fraglich, und öffentliche Unterstützung für politische Institutionen geht gegen Null. Politische Eliten gelten generell als unfähig und korrupt. Es herrscht ein weitgehender Mangel an neuen Ideen, öffentlicher Diskussion und unverbrauchten politischen Führungspersönlichkeiten. Private Interessenmaximierung tritt an die Stelle öffentlichen Engagements. Das Ende früherer Gewissheiten zeigt Colburn, ein Spezialist für Zentralamerika, eindrucksvoll anhand der persönlichen Geschichten von ehemaligen nicaraguanischen oder salvadorianischen Guerilleros, die von der Politik enttäuscht sind und jetzt als Viehzüchter oder Menschenrechtsaktivisten arbeiten. Ihr früheres Ideal, eine gerechtere Gesellschaft aufzubauen, halten sie mittlerweile für unrealistisch.

In dieser Konstellation ist die größte Bedrohung für die Demokratie in Lateinamerika nicht mehr wie in der Vergangenheit eine Rückkehr zur Militärdiktatur, sondern der Aufstieg

populistischer Führer, welche die sofortige Lösung aller Probleme versprechen. Aufgrund ihrer neoliberalen Ausrichtung verfügen die Regierungen aber über keinerlei Ressourcen, um der zahlreichen Schwierigkeiten tatsächlich Herr zu werden, was wiederum nur die Frustration und Anomie in den lateinamerikanischen Gesellschaften erhöht. Das Werk ist auch skeptisch, ob die oft gepriesene "Zivilgesellschaft" in der Lage sein wird, mehr soziale Gerechtigkeit zu schaffen. Die neuen sozialen Organisationen seien meist auf ein einziges Thema konzentriert, agierten anti-staatlich und entwickelten keine umfassenden politischen Strategien. Damit blieben sie auf "lokale Angelegenheiten und letztendlich auf die politische Marginalität beschränkt" (S. 96).

Welche Vorschläge macht Colburn angesichts seiner recht deprimierenden Diagnose? Lateinamerika müsse einen neuen, verstärkten und größer angelegten Versuch unternehmen, der sozialen Ungleichheit wirksam zu begegnen. Diese Anstrengung sollte auf den Erfahrungen bisheriger Versuche aufbauen und versuchen, vergangene Fehler zu vermeiden. Der Eckpunkt einer solchen Strategie müsse die Stärkung der zu schwachen und finanziell ausgebluteten Nationalstaaten sein. Die nicht eingelösten Versprechungen der Demokratie und der Marktwirtschaft könnten nur durch Erhöhung der Staatsausgaben erfüllt werden. Das bedeute nicht die (Wieder-)Verstaatlichung der Industriebetriebe, aber sehr wohl die Einrichtung eines funktionierenden Rechtsstaates, komplette Umstrukturierung der Polizei, massive Investitionen in Erziehung und Gesundheitswesen sowie Einkommenszuschüsse für die ärmsten Sektoren der Bevölkerung.

Abschließend stellt sich die Frage, ob Colburn mit seiner ernüchternden Bilanz über die Region am Beginn des 21. Jahrhunderts nicht zu pessimistisch ist. Natürlich ist jede generelle Darstellung Lateinamerikas dazu gezwungen, ihre Aussagen stark zu simplifizieren, um sehr diverse Länder unter einen Hut zu bekommen, und man könnte sicher Gegenbeispiele für die vom Autor identifizierten Erscheinungen finden (z.B. Chile). Nichtsdestotrotz ist es Colburn in einer *tour de force* auf sehr knappen Raum gelungen, die intellektuelle und soziale Malaise herauszuarbeiten, die Lateinamerika nach dem Ende der linken "Utopia" (Jorge Castañeda) erfasst hat, und welche die Suche nach tragfähigen Lösungen für die vielen brennenden Probleme erschwert. Ereignisse wie die unlängst erfolgte Wiedergeburt des Peronismus in Argentinien illustrieren eindrucksvoll die Richtigkeit seiner These. Es wäre interessant, ob der Autor seine Überlegungen nach den letzten Wahlen in Brasilien und Ecuador, die beide linksgerichtete Regierungen an die Macht brachten, modifiziert hätte. Ein kürzlich veröffentlichtes Interview (El País, 29. Mai 2003) mit dem neuen brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva lässt vermuten, dass es wohl keine dramatischen Änderungen gegeben hätte. Lulas Versicherung, dass seine Arbeiterpartei (PT) ideologisch unverändert sei, nun aber für das ganze Land regiere, erinnert an den im Buch zitierten Slogan der postrevolutionären Sandinisten in Nicaragua: "Der FSLN bleibt revolutionär, aber im modernen Sinne des Wortes". Da kann man nur mit Colburn fragen: "Was soll das heißen?" (S. 26).

Alexander P. Springer, Madrid

Albrecht Gundermann

Die Rolle des Obersten Gerichtshofs bei der Entwicklung der israelischen Verfassung

Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 2002, 295 S., 49,00 €

Albrecht Gundermann, der einige Zeit als Assistent beim Obersten Gerichtshof Israels (OGH) beschäftigt gewesen ist, untersucht in dem zu besprechenden Buch, seiner unter Betreuung von Professor Würtenberger entstandenen Freiburger Dissertation, die Rolle dieses Gerichtshofs bei der Entwicklung der israelischen Verfassung.

Wie er in einer kurzen Einleitung bemerkt und erläutert (S. 19), existiert in Israel keine einheitliche Verfassungsurkunde. Der Staat ist vielmehr durch einzelne Gesetze der Knesset (des israelischen Parlaments) und durch das vom Obersten Gerichtshof geschaffene Richterrecht verfasst. Daraus ergibt sich die Fragestellung des Autors, die er hier näher umreißt: Inwiefern hat der OGH das Verhältnis zwischen Staat und Individuum und die Verfassungsprinzipien Israels geprägt? Dies beantwortet er bereits hier damit, dass der OGH eine „herausragende“ Rolle in der Verfassungsentwicklung spielte.

Die Arbeit Gundermanns besteht aus sieben Kapiteln, die zumeist sehr übersichtlich mit einer Zusammenfassung beendet werden.

Im ersten Kapitel stellt er die historische Entwicklung von den Anfängen der zionistischen Bewegung Ende des 19. Jahrhunderts bis hin zur Staatsgründung dar (S. 23-45). Noch unabhängig vom OGH wird die Bedeutung mancher verfassungsgeschichtlicher Normen herausgestellt (u.a. Teilungsresolution, Unabhängigkeitserklärung, Neuordnungsgesetz, Übergangsgesetz). Interessant dabei ist die ausführliche Schilderung der gesellschaftlichen Debatte, ob eine geschriebene Verfassung verabschiedet werden sollte, die letztendlich in der Harari-Resolution endete. Dies war ein Auftrag der Knesset an den Verfassungs-, Rechts- und Justizausschuss, eine Staatsverfassung vorzubereiten, die aus nach und nach zu entwickelnden Grundgesetzen bestehen sollte. Faktisch wurde die Lösung der Streitfrage damit nur in die Zukunft verschoben. Die „Zusammenfassung“ am Ende dieses Kapitels verdient ihren Namen nicht ganz; es handelt sich wohl auch um einen Ausblick auf die folgenden Kapitel.

Im zweiten Kapitel macht der Autor dem Leser sodann „zum besseren Verständnis“ die Stellung des OGH, der - wenige Wochen nach der Staatsgründung - am 24. Juni 1948 in Jerusalem gegründet wurde, im derzeitigen israelischen Verfassungsgefüge und die Funktionsweise des Gerichts deutlich (S. 47-69). Er geht dabei insbesondere auf die Zuständigkeiten, die Richterwahl und die Binnenstruktur des Gerichts ein und auf dessen Verhältnis zu anderen Gerichten und staatlichen Organen.

In den anschließenden vier Kapiteln widmet er sich dann dem Kern seiner Fragestellung, indem er chronologisch vorgehend die Verfassungsgeschichte des israelischen Staates sinnvoll in vier Abschnitte unterteilt und die Rolle des OGH jeweils anhand von Entscheidungen herausarbeitet.

So beschäftigt Gundermann sich in Kapitel 3 zunächst mit der Periode 1948-1953, dort mit der näheren Untersuchung der Frage, inwieweit sich in diesem Zeitraum die Rechtsstaat-

lichkeit in Israel entwickelt hat (S. 71-85). Gundermann diskutiert hier mehrere wegweisende Gerichtsentscheidungen zu einzelnen Elementen dessen, was auch in Deutschland unter dem Oberbegriff Rechtsstaatsprinzip gefasst wird, und kommt zu dem Ergebnis, dass in dieser Phase manches schon vorhanden war, anderes sich aber erst noch entwickeln musste.

Kapitel 4 (S.87-118) hat die Periode 1953-1969 zum Inhalt, in der entscheidende Judikate des OGH zur Entwicklung eines ungeschriebenen Grundrechtskatalogs sowie zum Demokratieprinzip und dem Verfassungsprinzip des jüdischen Staates ergingen. Der OGH bediente sich zum Schutz der Grundrechte vor allem der grundrechtskonformen Auslegung; nur ausnahmsweise wurde wie im sog. Shtreit-Fall von 1964 das Instrument der richterrechtlichen Rechtssetzung herangezogen (da der Vorrang der Knesset unbestritten war). Interessant ist, dass in Israel zu dieser Zeit wegen des Vorrangs der Knesset selbst Normenkontrollen nicht denkbar waren. Die Exekutive hingegen wurde mehr und mehr kontrolliert.

In Kapitel 5 (S.119-166) geht es um die Phase 1969-1992. Hier stellt der Autor die schrittweise Ausweitung der gerichtlichen Kontrolle der Staatsgewalt dar und bemerkt eine immer weitergehende Loslösung von den Traditionen des alten britischen Mandatsrechts. So kam es nun unter Lockerung des „*judicial self-restraint*“ immerhin viermal zu Verwerfungen von Gesetzen durch den OGH aus formellen Gründen. Der Autor vergleicht das hierfür ausschlaggebende Bergman-Urteil des OGH von 1969 mit der in den USA für den Vorrang der Verfassung grundlegenden *Marbury vs. Madison*-Entscheidung, verweist aber darauf, dass die praktische Relevanz geringer blieb. Außerdem wurde der Grundrechtskatalog fortentwickelt. Der OGH genoss ein hohes Vertrauen in der Bevölkerung, da er es sich zur Aufgabe gemacht hat, „für den Schutz des Individuums einzutreten, auch wenn die anderen Staatsorgane die sich ihnen stellenden Probleme nicht lösen konnten“.

Kapitel 6 (S.167-199) beschäftigt sich sodann mit den neuen Grundgesetzen von 1992 und deren Einfluss auf die israelische Rechtsordnung. Sie enthalten nunmehr vom Autor im einzelnen erörterte, geschriebene Grundrechte. Anhand dieser kam es 1995 mit dem Bank-HaMizrachi-Urteil auch zum ersten Mal zu einer materiell-rechtlichen Normkontrolle, deren Umstände ausführlich geschildert werden. Das Kapitel endet mit der Fragestellung, ob der Prozess der Verfassungsgebung damit beendet ist.

Abschließend fügt der Autor dann, wie es üblich ist, ein Kapitel mit einer kurzen Gesamt-Zusammenfassung seiner Ergebnisse an (S. 201-204).

Praktisch ist die im Anhang abgedruckte, umfassende (75 S.!) Sammlung der wesentlichen verfassungsrechtlichen Dokumente Israels, auf die oftmals in den Fußnoten verwiesen wird, sowie die Übersicht der zitierten Entscheidungen und das Namensregister. Ebenso hilfreich ist der der Arbeit vorangestellte Glossar, insbesondere wegen der im Text zahlreich verwendeten hebräischen Begriffe.

Im Ergebnis kann festgestellt werden: Das auch für den Laien verständlich geschriebene und wohlgewichtete Buch gewährt einen sehr guten Überblick über die Verfassungsrechtsprechung und -rechtsgeschichte Israels, zu der in der jüngeren deutschsprachigen Literatur

bislang nicht viel vorhanden war. Der Autor setzt sich dabei mit der internationalen, vor allem mit der englisch- und deutschsprachigen Literatur fundiert auseinander und bezieht, wie es bei diesem Thema erforderlich war, auch einige hebräische Werke mit ein. Das (rein am Umfang gemessen nicht ganz preiswerte) Buch ist all denen sehr zu empfehlen, die sich allgemein für den Staat Israel oder für ausländisches Verfassungsrecht interessieren.

Konstantin Krukowski, Berlin